

# Inhaltsverzeichnis

Die Auflösung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung durch Urteil	15
§ 1 Einleitung	15
I. Einleitung und Gegenstand der Arbeit	15
II. Gang der Untersuchung	17
1. Kapitel: Die Auflösungsklage in ihrer Funktion als Minderheitsrecht	19
§ 2 Minderheitsschutz durch die Auflösungsklage	19
I. Minderheitsschutz durch Minderheitsrechte	19
II. Auflösungsklage als Minderheitsrecht	21
§ 3 Implikationen aufgrund der Qualifizierung als Minderheitsrecht	23
I. Ausschluss, Einschränkungen und Erweiterungen des Rechts zur Erhebung der Auflösungsklage in der Satzung	23
1. Ausschluss und Einschränkungen in der Satzung	23
2. Erweiterungen des Anwendungsbereichs des § 61 in der Satzung	24
II. Amortisation von Geschäftsanteilen und Fortsetzungsklauseln unter Berücksichtigung der Unabdingbarkeit und Unentziehbarkeit des Auflösungsrechts als Minderheitsrecht	26
1. Amortisationsklauseln	26
2. Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft	29
a) Fortsetzungsklauseln – eine Gefahr der Aushebelung des Minderheitsschutzes	29
b) Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft durch Fortsetzungsbeschluss	31
III. Prozessuale Besonderheiten aufgrund der Minderheitsschutzfunktion	34
1. Gestaltungsklage	34
2. Zustimmung zum Auflösungsbeschluss aufgrund Treuepflicht im Verhältnis zum Rechtsschutzbedürfnis bei der Auflösungsklage	35
a) Treuepflicht zur Zustimmung zur Veräußerung/Liquidation einer Gesellschaft	35
b) Übertragung der Treuepflicht-Rechtsprechung auf die GmbH	36

aa) Für Fälle der Unmöglichkeit der Zweckerreichung	37
bb) Für andere Fälle	39
3. Kappungsgrenze beim Streitwert	40
§ 4 Weitere formale Erfordernisse der Auflösungsklage hinsichtlich Klagebefugnis der Gesellschafter	41
I. Klagebefugnis bei Mindestbeteiligung	42
1. 10%-Quorum und Minderheitsschutzfunktion?	42
2. Berechnung des relevanten Quorums	43
II. Verlust der Klagebefugnis und Sonderfälle bezüglich der Klagebefugnis unter besonderer Berücksichtigung des Minderheitsschutzes	47
1. Verlust der Klagebefugnis	47
2. Sonderfälle der Klagebefugnis	48
2. Kapitel: Wichtiger Grund als materielle Voraussetzung der Auflösungsklage	53
§ 5 Der in den Verhältnissen der Gesellschaft liegende wichtige Grund	53
I. Der wichtige Grund als Generalklausel	53
1. Allgemeines	53
a) Lösung von Dauerschuldverhältnissen bei Vorliegen wichtiger Gründe	53
b) Relevanter Zeitpunkt für das Vorliegen der Umstände zum wichtigen Grund	55
2. Konkurrenzverhältnisse	56
a) Konkurrenzverhältnis zwischen §§ 314, 313 BGB und § 61	56
b) Geschäftsgrundlagenlehre als Hilfe zur begrifflichen Fassung des wichtigen Grundes?	57
II. Abwägung- und Zumutbarkeitsprüfung	58
1. Abwägung zur Bestimmung des wichtigen Grundes	58
2. Abwägung und Zumutbarkeit	60
a) Abwägung der Gesellschafter-Interessen	60
b) Berücksichtigungsfähigkeit von Interessen Dritter im Rahmen der Abwägung	61
§ 6 Wichtiger Grund bei Unmöglichkeit der Zweckerreichung	64
I. Gesetzlich genannter Fall der Unmöglichkeit der Erreichung des „Gesellschaftszwecks“ – Verständnis des Begriffs „Gesellschaftszweck“ bei § 61 GmbHG	64
1. Weit verstandener Zweck-Begriff	65
2. Eng verstandener Zweck-Begriff	65

II.	Voraussetzungen und Ausprägungen von Unmöglichkeits-Umständen	70
1.	Erfordernis der Dauerhaftigkeit und Arten der Unmöglichkeit	70
2.	Unmöglichkeit in besonderen Fällen	72
	a) Unmöglichkeit bei Unzumutbarkeit der Fortsetzung der Gesellschaft?	72
	b) Dauernde Unrentabilität als Unmöglichkeitsfall der Zweckerreichung?	72
III.	Mängel des Gesellschaftsvertrags als wichtiger Grund und weitere wichtige Gründe	74
§ 7	Der Grundsatz der Subsidiarität als Element des wichtigen Grundes	78
I.	Subsidiaritätsgrundsatz im Verhältnis zum wichtigen Grund	79
II.	Ausprägungen des Subsidiaritätsgrundsatzessind	80
1.	Subsidiarität auf Gesellschaftsebene	81
	a) Vertragsanpassung	81
	b) Ausschlussmöglichkeiten eines Gesellschafters	81
	aa) Kaduzierung nach § 21	82
	bb) Einziehung	83
	cc) Ausschluss aus wichtigem Grund	84
	c) Faktische Konfliktlösungsmöglichkeiten	87
2.	Subsidiarität auf Geschafterebene	89
	a) Abtretung/Veräußerung des Geschäftsanteils	89
	b) Abandon und Austritt aus wichtigem Grund	92
	aa) Abandon	92
	bb) Austritt aus wichtigem Grund	93
	c) Subsidiarität der Auflösungsklage im Hinblick auf Beschlussmängelklagen	96
3.	Auslegung satzungsmäßiger Kündigungsklauseln im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsgrundsatz	97
	a) Arten von Kündigungsklauseln	97
	b) Verhältnis zur Auflösungsklage	99
§ 8	Subsidiaritätsgrundsatz bei personalistisch verfasster GmbH – insbesondere im Falle des Zerstrittenseins der Geschafter	100
I.	Kriterien für das Vorliegen einer personalistischen GmbH	101
1.	Faktische Kriterien	102
	a) Zahl der Geschafter und Gleichgewichtigkeit der Einflussnahme	102
	b) Natürliche Personen als Geschafter	103
	c) Beschränkung der Abtretbarkeit von Geschäftsanteilen	104
2.	Wertausfüllungsbedürftige Kriterien	104

a) Außergesellschaftliche Bindungen der Gesellschafter	104
b) Umfang der persönlichen Mitarbeit	105
c) Identität zwischen Gründern und gegenwärtigen Gesellschaftern	105
II. Umkehrung des Regel-Ausnahmeverhältnisses bei personalistisch verfassten GmbHs	105
1. Betrachtung der Zwei-Personen-GmbH als eng personalistisch verflochtene Kapitalgesellschaft	106
2. Umkehrung Regelfall-Ausnahme bei allen personalistisch verfassten GmbHs	106
III. Wichtiger Grund bei Konflikten und Zerwürfnissen unter den Gesellschaftern bei personalistischer Ausgestaltung der GmbH	108
3. Kapitel: Auflösungsklage zur Durchsetzung berechtigter Einzelinteressen	110
§ 9 Auflösungsklage zur Vermeidung insolvenzrechtlicher Folgen bezüglich Gesellschafterdarlehen und Haftung aufgrund anderer Tatbestände	115
I. Verhinderung des insolvenzrechtlichen Nachrangs von Gesellschafterdarlehen bzw. Insolvenzanfechtung von bereits zurückgezahlten Gesellschafterdarlehen	116
1. Anwendungsbereich der Auflösungsklage in den Fällen von Insolvenzanfechtung	116
2. Liquidation der Gesellschaft zur Haftungsvermeidung	119
a) Auflösungsklage zur Verhinderung insolvenzrechtlicher Konsequenzen	119
b) Wichtiger Grund bei Interesse an Vermeidung eines insolvenzrechtlichen Nachrangs sowie bei Insolvenzanfechtungstatbeständen	121
aa) Bestehen vorrangiger Mittel	122
bb) Abwägung	122
cc) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis aufgrund Be schlussanfechtungsklage speziell in Fällen von Gesellschafterdarlehen	124
3. Besonderheiten bei Nutzungsüberlassungen sowie darlehen sähnlichen Forderungen nach neuem Recht und deren Auswirkungen auf die Auflösungsklage	126
II. Auflösungsklage zur Vermeidung von Haftungskonsequenzen aus der Vor-GmbH	127
1. Haftungsgefahren	127

2. Anwendbarkeit der Auflösungsklage in der Vor-GmbH	129
3. Entgehen der Haftung durch Auflösungsklage	131
a) Bestehen vorrangiger Mittel in der Vor-GmbH	131
b) Auflösungsklage zur Haftungsvermeidung – wichtiger Grund	133
III. Auflösungsklage bei Gefahr einer Durchgriffshaftung und anderer verwandter Haftungstatbestände	134
§ 10 Weitere besondere berechtigte Einzelinteressen	138
I. Spezifische Liquidationsinteressen	138
1. Spezifische Liquidationsinteressen	138
a) Anspruch auf Auskehrung bestimmter Sachen aus der Liquidationsmasse	138
b) Abwägung	140
2. Fälle besonderer emotionaler Härte	141
II. Abfindungsinteressen	144
1. Mögliche Interessen	144
2. Zumutbarkeit – wichtiger Grund	146
a) Unzumutbarkeit des Verweises auf andere Mittel bei erhobener Auflösungsklage	146
b) Wichtiger Grund für eine Liquidation bei nicht realisierbarer Abfindung	148
4. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	151
Literaturverzeichnis	155